

3. Konferenz zur sozialen Spaltung

Diskussionsrunde 3: Wer sorgt wie für wen in Hamburg?

Fürsorgliche Praxen in Hamburg – Individuelle Bedürfnisse und institutionelle Konflikte.

Impuls: Iris Nowak, TU Hamburg-Harburg

Moderation: Prof. Dr. Sabine Stövesand, HAW, Hamburg

Etwa 20 Menschen kamen in diesem Workshop zusammen, um sich über aktuelle Entwicklungen in der Organisation von Sorgearbeit in Hamburg und eigene Erfahrungen darin auszutauschen. Im einführenden Beitrag wurde zunächst erläutert, dass einerseits alle Tätigkeiten, in denen es um die Sorge um andere Menschen geht, einer anderen Zeitlogik folgen als die Produktion und der Vertrieb von materiellen Produkten, da sich die Befriedigung und Weiterentwicklung menschlicher Bedürfnisse nur sehr begrenzt einer kapitalistischen Effizienzlogik unterwerfen lässt. Was sie ebenfalls einleuchtet, ist, dass sich ihre gesellschaftliche Organisation zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit in privaten Kontexten, Ehrenamt und öffentlichen Einrichtungen bewegt, wobei die Verteilung zwischen diesen Bereichen umkämpft ist. Im Regelfall wird Sorgearbeit in allen Bereichen unter prekären Bedingungen geleistet. Andererseits ist es bei der Frage nach der politischen Regulierung von Sorgearbeit auch wichtig, Unterschiede zu sehen. So erklärt sich der (wenn auch zweifellos schleppende) Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland u.a. dadurch, dass damit umfassende ökonomische Interessen verbunden sind (z.B. nach besser ausgebildeten Arbeitskräften und Frauen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen), während sich diese im Bereich der Altenpflege weniger ausmachen lassen.

Während der Vortrag abschließend einen aktuellen Hamburger Konflikt um Arbeitsbedingungen im Bereich betrieblicher Sorgearbeit thematisierte (den Streik der Beschäftigten bei der Pflegeeinrichtung Pflegen&Wohnen), wurde in der Diskussion die Frage nach den Bedingungen ehrenamtlicher Sorgearbeit und die Frage nach ganz neuen Formen, in denen Pflege bzw. allgemein Sorge stattfinden sollte (betreute Wohngemeinschaften für Demente u.ä.) vertieft. Hierbei wurden von den Teilnehmenden verschiedene Konfliktlinien, die sie selber im Alltag erleben, erläutert. So wurde die Erfahrung, wie wichtig ehrenamtliche Tätigkeiten in diesem Bereich sein können, dem Zweifel gegenübergestellt, ob man mit der Bereitschaft zum Ehrenamt nicht dem Abbau staatlicher Versorgungsstrukturen Vorschub leistet. Ein anderes Feld war die Frage nach der Selbstbestimmung, die jenen, die auf Hilfe angewiesen sind, ermöglicht wird. Gerade im Bereich der persönlichen Assistenz für Behinderte stehen manchmal dieser Anspruch auf Selbstbestimmung und der Anspruch der Beschäftigten auf geregelte Arbeitsbedingungen im Widerspruch. Insgesamt wurde deutlich, dass es wichtig ist, diese verschiedenen Konflikte aufeinander zu beziehen. So lässt sich über gute Arbeitsbedingungen für die, die Sorgearbeit leisten, nur dann erfolgreich verhandeln, wenn gleichzeitig gute Lebensbedingungen für die, die darauf angewiesen sind, gefordert werden. Beide Zielrichtungen müssen explizit zum Thema gemacht werden - und sie erfordern Allianzen, in denen sich verschiedene Gruppen gemeinsam den angeblichen Sparzwängen staatlicher Politik entgegenstellen.